

Nachrichten aus Brüssel

Quoten für ausländische Studenten

Die Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) haben im April entschieden, dass im Bereich des Gesundheitswesens nationale Zulassungsbeschränkungen für ausländische Studierende in bestimmten Fällen erlaubt sind, um das öffentliche Gesundheitswesen zu schützen. Entzündet hatte sich der Streit an einer belgischen Regelung. Diese sieht vor, dass die Zahl der ausländischen Studenten in bestimmten Gesundheitsstudiengängen auf 30 Prozent der Studierenden beschränkt werden muss. Die Belgier argumentierten, dass der Großteil der ausländischen Medizinstudenten nach Studienabschluss in das jeweilige Heimatland zurückkehre und damit gefährliche Lücken bei der nationalen Gesundheitsversorgung entstünden. Zwar sahen die Richter in der belgischen Vorschrift eine Ungleichbehandlung der Studenten. Sie erkannten aber gleichzeitig an, dass Zulassungsbeschränkungen und Quoten bei ausländischen Studenten gerechtfertigt sind, wenn sich nur auf diese Weise eine qualitativ hochwertige und allgemein zugängliche medizinische Versorgung gewährleisten lässt. Im Rechtsstreit bekam Belgien starke Schützenhilfe aus Österreich, das dem Verfahren beitrug und sich der belgischen Argumentation anschloss. Gerade in Österreich gibt es seit Jahren eine innenpolitische Auseinandersetzung zu der Frage, ob und inwiefern man gerade Medizinstudenten aus Deutschland den Zutritt zu den österreichischen Universitäten verwehren sollte. Erste Kommentare aus Österreich zeigen, dass sich die Befürworter von Zulassungsbegrenzungen durch das EuGH-Urteil vollauf bestätigt sehen.

Im Fokus: Mundgesundheit

Das Thema Mundgesundheit in Europa war Gegenstand einer Präsentation, die Ende April im Europäischen Parlament in Brüssel stattfand. Auf Einladung des deutschen Europaabgeordneten Dr. Thomas Ulmer (CDU) und seines rumänischen Kollegen Dr. Christian Busoi (Liberale) warben Fachleute aus Skandinavien, Großbritannien und der Schweiz für eine am Gedanken der Prävention

orientierte zahnmedizinische Versorgung in der EU. Dabei unterstrichen die Experten insbesondere die langfristigen volkswirtschaftlichen Vorteile einer Präventionszahnmedizin. Nach dem Willen der Europaabgeordneten, die von Haus aus Mediziner sind, sollen die noch immer bestehenden Unterschiede bei der zahnmedizinischen Versorgung in Europa weiter abgebaut werden. Sie forderten, dass sich die EU verstärkt der Mundgesundheit annemen müsse.

Qualität der Gesundheitsversorgung

Die Europäer gehen mit ganz unterschiedlichen Erwartungen zum Arzt. Gerade im Süden und Osten der EU sind erhebliche Zweifel an den nationalen Gesundheitssystemen weit verbreitet. Dies zeigt zumindest eine im April veröffentlichte Studie zur Patientensicherheit und Qualität der Gesundheitsversorgung in Europa, die im Auftrag der Europäischen Kommission erstellt wurde. Über 25 000 Befragte aus allen EU-Mitgliedsstaaten mussten dabei zahlreiche Fragen zur Gesundheitsversorgung beantworten. Im EU-Durchschnitt geht fast die Hälfte aller Befragten davon aus, dass sie während einer ambulanten oder stationären Behandlung einen Schaden erleiden könnten. Als mögliche Ursachen werden Diagnose- und Behandlungsfehler sowie Krankenhausinfektionen genannt. Deutschland schneidet in diesem Zusammenhang besser ab. Rund 30 Prozent der deutschen Befragten gaben an, einen Schaden zu erwarten. Spitzenreiter ist Griechenland. Erstaunliche 83 Prozent der dort Befragten rechnen damit, bei einer Behandlung Schaden zu nehmen. Im Durchschnitt betrachten 70 Prozent der EU-Bürger jedoch die Qualität der Gesundheitsversorgung in Europa als gut. Die Spitzenreiter sind dabei Belgien (97 Prozent) und Österreich (95 Prozent). Deutschland liegt deutlich im oberen Drittel. Ganze 86 Prozent der Befragten gehen von einer guten Qualität der deutschen Versorgung aus. Schlusslichter sind Rumänien und Griechenland mit nur 25 Prozent Zustimmung.

Dr. Alfred Büttner
Stellvertretender Leiter des
Brüsseler Büros der Bundeszahnärztekammer